

Zweite Welle rollt langsam an

Über ein Jahr nach Inkrafttreten des Privatisierungsgesetzes fällt die Bilanz für den deutschen Mittelstand eher ernüchternd aus

Das Wort Privatisierung löst in Russland zumeist großes Unbehagen aus. Dies ist vor allem auf den ungeordneten Verkauf von Staatseigentum in den 90er Jahren zurückzuführen, der als ein Grund für die unausgewogene Wohlstandsverteilung in Russland angesehen werden kann. Die Wirtschaftskrise und damit einhergehende niedrigere Staatseinnahmen haben das Thema in letzter Zeit wieder in den Fokus von Politik und Öffentlichkeit gerückt. Die russische Regierung plant in den kommenden Jahren eine umfassende Privatisierung von Staatseigentum. Diesmal allerdings sieht alles nach einem weniger überhasteten Vorgehen aus: Der Staat soll jeweils Hauptanteilseigner bleiben und nie weniger als 50 Prozent plus eine Aktie halten. Insofern ist auch der Begriff „Privatisierung“ in diesem Zusammenhang irreführend. Klüger wäre es sicherlich gewesen, von Anfang an von „Anteilsverkäufen des Staates“ zu sprechen.

Am 10. Juni 2010 traten Änderungen des Privatisierungsgesetzes in Kraft, die den Rahmen für einen umfassenden Verkauf von Staatsvermögen schaffen und wesentlich erleichtern sollen. Dies betrifft insbesondere die Anteilsprivatisierung durch einen Börsengang, die nun nicht mehr das vorherige Scheitern einer Auktion oder Ausschreibung voraussetzt. Vorgesehen ist der Verkauf von rund 900 staatseigenen Unternehmen, durch den bis 2013 der Staatskasse über eine Billion Rubel (ca. 25 Milliarden Euro) zufließen sollen. Laut einem im Oktober 2010 vorgelegten Privatisierungsplan sollen es bis 2015 sogar 1,8 Billion Rubel (ca. 42 Milliarden Euro) sein. Dies weckt Begehrlichkeiten bei Investmentbanken, könnte dies doch zu einem lukrativen Verkauf von Großanteilen an staatseigenen Großunternehmen führen. Die Anzahl der möglichen „deal maker“ ist gesetzlich begrenzt

und umfasst neben russischen und amerikanischen Investmentbanken auch die Deutsche Bank und die Credit Suisse.

Zurzeit befinden sich noch etwa 7.000 Unternehmen unterschiedlichster Branchen in staatlichem Teil- oder Volleigentum, die praktisch keinerlei hoheitlichen Aufgaben erfüllen. Im Dezember vergangenen Jahres bestätigte Finanzminister Alexej Kudrin, dass auch Pakete an den beiden größten Finanzinstituten Sberbank und VTB sowie dem Ölproduzenten Rosneft, der Staatsbank RZD und dem Pipelinebetreiber Transneft zum Verkauf stünden. Für die Sberbank ist noch in diesem Jahr der Verkauf von 7,58 Prozent des Grundkapitals aus dem Anteil der Zentralbank Russlands vorgesehen, der im März dieses Jahres vom nationalen Bankenrat genehmigt wurde. Bereits im Februar war der Verkauf eines zehnpromzentigen Aktienpaketes der VTB bekannt gegeben worden, dessen Erlös bei mehr als 95 Milliarden Rubel (ca. 2,4 Milliarden Euro) liegen soll.

Möglichkeit für eigene Fertigung

Neben Großunternehmen soll auch auf regionaler Ebene staatliches Eigentum abgestoßen werden: „Wir müssen jenes Eigentum, das nicht direkt in den Aufgabenbereich von regionalen Subjekten fällt, veräußern. Fabriken, Zeitungen und Dampfschiffe sollten nicht politischen Machthabern gehören - jeder hat seine eigene Aufgabe, der er nachgehen soll“, so Präsident Dmitrij Medwedjew. Diese zumeist kleinen und mittleren Unternehmen sind zwar größtenteils kaum wettbewerbsfähig, bieten aber interessante Möglichkeiten gerade für mittelständische Investoren, die beispielsweise mit einer eigenen Produktion auf dem russischen Markt Fuß fassen möchten. Eine Pflicht zur Fortführung des Geschäftsbetriebs, Investitionszusagen oder Arbeitsplatzgarantie für die Beschäftigten besteht dabei grundsätzlich nicht. Allerdings scheinen diese eher theoretische Vorgaben zu sein - bisher konnte der deutsche Mittelstand nicht nennenswert von den gemachten Zusagen profitieren.

Ein mit Bedacht durchgeführter Verkauf von Staatsanteilen bietet der russischen Regierung auch die Gelegenheit, eine höhere Akzeptanz von Privatisierungen innerhalb der Bevölkerung zu erreichen. Denn Umfragen zeigen, dass bis heute ein Großteil der russischen Bevölkerung Privatisierung allgemein äußerst kritisch sehen und deren Folgen

als unrechtmäßig betrachten. 29 Prozent würden gerne die gesamte bisher in Russland vollzogene Privatisierung rückgängig machen. Nur acht Prozent sind der Ansicht, dass diese mehr positive als negative Folgen gebracht habe.

Bisher beschränken sich die Anteilsverkäufe des Staates auf Großunternehmen wie Banken und Flughäfen, wovon in erster Linie Großkonzerne profitieren. Ob im großen Stile auch kleine staatseigene Unternehmen verkauft werden, bleibt abzuwarten. Gerade für den deutschen Mittelstand böte sich hier die Gelegenheit, die ohnehin schon hervorragenden deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen und aktiv an einer Modernisierung der russischen Wirtschaft mitzuwirken. Eine „Wiederkehr der 90er“ ist jedenfalls nicht zu befürchten. Schon weil der Staat die Kontrolle über die Unternehmen behält.

*Sebastian Ernst,
Rödl & Partner*



termine

20. September, St. Petersburg
AHK-Treff zum Thema Ernährungsgewerbe
Deutsch-Russische AHK, St. Petersburg,

20. Oktober, St. Petersburg
AHK-Treff zum Thema Bergbau
Deutsch-Russische AHK, St. Petersburg,
Manuel Haefele
Tel.: 007/ 812/ 323 79 91
mh@petersburg-ahk.ru

20.-22. Oktober, Moskau
11. „Düsseldorfer Wirtschaftstage in Moskau“ (Branchen: IT/Telekommunikation, Gesundheitswirtschaft, Energieeffizientes Bauen, Städtische Infrastruktur)
Landeshauptstadt Düsseldorf,
IHK zu Düsseldorf, Messe Düsseldorf,
Deutsch-Russische AHK, Moskau
Tel.: 0049/ 211/ 35 57-300; -Fax: 378
rkd@duesseldorf.ihk.de
www.duesseldorf.ihk.de

17. November, St. Petersburg
AHK-Treff zum Thema Maschinenbau
Deutsch-Russische AHK, St. Petersburg,
Manuel Haefele
Tel.: 007/ 812/ 323 79 91
mh@petersburg-ahk.ru

15. Dezember, St. Petersburg
AHK-Treff zum Thema Forstwirtschaft
Deutsch-Russische AHK, St. Petersburg,
Manuel Haefele
Tel.: 007/ 812/ 323 79 91
mh@petersburg-ahk.ru

Deutsch-Russische Auslandshandelskammer

Büroanschrift:
Haus der Deutschen Wirtschaft
1. Kasatschi per.7, 119017 Moskau
Tel.: 007 / 495 / 234 49-50/ -53
Fax: 007 / 495 / 234 49-51/ -54
ahk@russland-ahk.ru
www.russland.ahk.de

Ansprechpartner:
Michael Harms, René Harun